

sich das Bezugssystem des steuerzahlenden Bürgers vollkommen verändert oder geradezu missachtet wird.“³⁰⁹

Die Stellungnahme von Herbert Kindle begann zwar zurückhaltend - er sei hier weniger zuständig und möchte nicht beurteilen - endete jedoch erst nach längeren Ausführungen. Er äusserte sich positiv und etwas ungenau zur Erhöhung: „Ich habe allerdings kürzlich von zwei prominenten Vertretern des Gesellschaftswesens dazu über die Möglichkeiten, die hier drin seien, doch einen Kommentar von erstaunlicher Grosszügigkeit zur Kenntnis nehmen müssen. Das sei hier erwähnt zur Abrundung des Bildes.“³¹⁰ Er schnitt danach das Problem des Finanzausgleichs an und meinte, die Auswirkungen darauf seien ungewiss. Die Meinung von Georg Malin teilte er und zeigte sich ebenso besorgt über die wachsende Abhängigkeit von fremder Leistung. Er schlug vor, die Mehreinnahmen zu neutralisieren, indem man sie für spezielle Projekte reserviere.

Regierungschef Hilbe befand die Erhöhung für zumutbar und nicht schockierend. Er kritisierte die Schlussfolgerung von Malin, man sei wegen höheren Einnahmen vom Ausland abhängig und betonte die Abhängigkeit bedingt durch die Ausgaben: „Wir diskutieren ständig Steuererleichterung; wir diskutieren riesige Erhöhungen von Subventionen. Heute früh gab es noch einen neuen derartigen Antrag. Diese Ausgaben müssen gedeckt werden. Ich glaube es grenzt an Massochismus, wenn man glaubt, wir müssten dieses Problem der Ausland-Abhängigkeit über einen Verzicht auf Einnahmen lösen.“³¹¹

Kindle widersprach und verwies auf den Zusammenhang von steigenden Einnahmen zu steigenden Ausgaben und die Tendenz während den Wahlen sich zu überbieten. Malin korrigierte, er wolle nicht auf Einnahmen verzichten, sondern habe nur von Reformen gesprochen. Er meinte auch, die Finanzpolitik sei mehr als nur Einnahmen und Ausgaben:

„Es sind hier staaterhaltende Elemente im Spiel. Wenn sie eine Einnahmestruktur schaffen, die derart auslandabhängig und derart labil ist und wir so auf dünnem Eis gehen müssen und nie wissen, wann wir einbrechen, bei Gott, diesen Staat finanziell auf die Dauer zu speisen bei einer steten Ankurbelung der Ausgaben: das führt zu keinem guten Ende. Davon bin ich fest überzeugt. Denn die eigentliche finanzielle Realität liegt in dem, was unsere Leute zu schaffen und zu versteuern vermögen.“³¹²

³⁰⁹ Ltp vom 27.11.73, S. 596.

³¹⁰ Ltp vom 27.11.73, S. 597.

³¹¹ Ltp vom 27.11.73, S. 599.

³¹² Ltp vom 27.11.73, S. 600.